

Chronik – Maßnahmen auf europäischer Ebene als Reaktion auf die Krise^{1,2}

Michaela Hajek-Rezaei³

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
6./7. Okt. 2008	ECOFIN/ Eurogruppe	Die EU-Finanzminister verständigen sich auf eine koordinierte Reaktion auf die Finanzkrise. Der ECOFIN-Rat vereinbart, systemrelevante Finanzinstitute zu stützen, die Solvabilität und Stabilität des Bankensystems zu stärken und die Spareinlagen zu schützen. Die Maßnahmen sind eng aufeinander abzustimmen, die Interventionen der öffentlichen Hand gemeinsam zu bestimmen und länderübergreifende Auswirkungen sind zu berücksichtigen.
8. Okt. 2008	Europäische Kommission	Der Präsident der Europäischen Kommission setzt eine hochrangige Gruppe (De Larosière-Gruppe) ein, die sich mit der Schaffung einer effektiveren europäischen Aufsicht über international tätige Finanzinstitute, die bisher vor allem auf nationaler Ebene beaufsichtigt wurden, befassen soll. Übergeordnetes Ziel ist die Schaffung eines europäischen Aufsichtssystems sowie der Ausbau der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.
12. Okt. 2008	Euro-Gipfel	Auf ihrem Sondergipfel einigen sich die Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets auf weitere Schritte, um das Vertrauen in das Finanzsystem sowie dessen reibungsloses Funktionieren wiederherzustellen. Ihre Erklärung über einen gemeinsam abgestimmten Aktionsplan enthält eine Reihe von Maßnahmen, die die Liquidität der Finanzinstitute und die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gewährleisten soll.
13. Okt. 2008	Europäische Kommission	In einer Mitteilung gibt die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten Leitlinien vor, wie diese in der aktuellen Krise Finanzinstituten am besten beistehen und übermäßige Wettbewerbsverzerrungen vermeiden können, ohne gegen die EU-Beihilfavorschriften zu verstoßen.
15. Okt. 2008	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission legt Änderungsvorschläge für die EU-Einlagensicherung vor. Die neuen Vorschriften sollen den Schutz der Einleger verbessern und ihr Vertrauen in das finanzielle Sicherheitsnetz erhalten. Die Mindestsicherung für Spareinlagen soll innerhalb eines Jahres von 20.000 EUR auf 100.000 EUR angehoben werden. Den Mitgliedstaaten ist es freigestellt, eine höhere Deckungssumme festzulegen.

¹ Für Maßnahmen der EZB als Reaktion auf die Krise siehe EZB-Monatshefte, Chronik.

² Einige europäische Krisenmaßnahmen wurden auch innerhalb der G-20 erörtert bzw. auf globaler Ebene abgestimmt, um insbesondere im Bereich der Krisenfinanzierung und Finanzmarktstabilität eine kohärente Reaktion sicherzustellen.

³ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen, michaela.hajek-rezaei@oenb.at.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
15./16. Okt. 2008	Europäischer Rat	Die Tagung des Europäischen Rates steht im Zeichen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die bisher von den Mitgliedstaaten, der EZB und den betroffenen Zentralbanken ergriffenen Maßnahmen sowie deren gute Koordinierung werden begrüßt. Die Europäische Kommission soll bis Ende des Jahres geeignete Vorschläge für ein EU-Konjunkturprogramm ausarbeiten. Der ECOFIN-Rat soll die Modalitäten zur Errichtung eines informellen Krisenstabs ausarbeiten. Der Europäische Rat gibt seiner Entschlossenheit Ausdruck, weitere gemeinschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Steuerzahler zu schützen und die Aufsicht über den europäischen Finanzsektor zu verstärken.
29. Okt. 2008	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission stellt einen Maßnahmenplan zur Krisenbewältigung vor. Diese Initiative umfasst eine neue europäische Aufsichtsstruktur, Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung des Wachstums sowie eine global abgestimmte Reaktion auf die Krise.
3. Nov. 2008	Europäische Kommission	Die Verordnung der Europäischen Kommission zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards stellt sicher, dass die europäischen Banken dieselbe Flexibilität wie ihre amerikanischen Konkurrenten haben, für bestimmte Vermögenswerte Marktschwankungen nicht länger in den Bilanzen darstellen zu müssen.
4. Nov. 2008	ECOFIN/ Eurogruppe	Die EU-Finanzminister erörtern ein umfassendes Maßnahmenpaket als Reaktion auf die Finanzkrise. Der ECOFIN-Rat nimmt einen Beschluss zur Gewährung eines Darlehens an Ungarn in Höhe von 6,5 Mrd EUR an. Zusammen mit den Finanzhilfen des IWF (12,5 Mrd EUR) und der Weltbank (1 Mrd EUR) beträgt die mittelfristige Zahlungsbilanzhilfe an Ungarn insgesamt 20 Mrd EUR.
12. Nov. 2008	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission legt einen Verordnungsvorschlag zu Ratingagenturen vor. Die neuen Vorschriften sollen erstklassige Ratings gewährleisten, die nicht durch die im Ratinggeschäft bestehenden Interessenkonflikte beeinflusst werden.
26. Nov. 2008	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission schlägt in einer Mitteilung ein umfassendes Konjunkturprogramm mit einer Reihe von Initiativen zur kurzfristigen Konjunkturbelebung vor, die sich in den Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung einfügen und sich teilweise auf den Haushaltsplan der EU sowie teilweise auf koordinierte nationale Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten stützen.
1./2. Dez. 2008	ECOFIN/ Eurogruppe	Die EU-Finanzminister befürworten ein Konjunkturprogramm in Höhe von 1,5% des EU-BIP. Der überarbeitete Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) bildet mit allen seinen flexiblen Möglichkeiten den geeigneten Rahmen für die Haushaltspolitik in Europa. Wichtig ist, dass die EU eine auf lange Sicht unhaltbare Verschuldung vermeidet. Der ECOFIN-Rat erzielt Einigung zu vier entscheidenden Richtlinienentwürfen: Solvabilität II, Eigenkapitalanforderungen für Banken, Funktionsweise der Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren und Einlagensicherungssysteme für Banken. Die EU-Zahlungsbilanzunterstützung für nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörende EU-Mitgliedstaaten wird auf 25 Mrd EUR erhöht.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
8. Dez. 2008	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission gibt den Mitgliedstaaten detaillierte Leitlinien zur Bankenrekapitalisierung vor, um die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu sichern und die Finanzmärkte zu stabilisieren ohne Wettbewerbsverzerrungen zu bewirken, die mit dem EU-Beihilfenrecht unvereinbar sind.
11./12. Dez. 2008	Europäischer Rat	Der Europäische Rat billigt das Europäische Konjunkturprogramm im Umfang von 1,5 % des EU-BIP (etwa 200 Mrd EUR). Das Paket stellt einen kohärenten Rahmen für das Vorgehen auf EU-Ebene und für die von jedem einzelnen Mitgliedstaat beschlossenen Maßnahmen dar und trägt den jeweiligen einzelstaatlichen Gegebenheiten Rechnung.
20. Jän. 2009	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat nimmt einen Beschluss zur Gewährung eines Darlehens an Lettland in Höhe von 3,1 Mrd EUR an. Zusammen mit den Finanzhilfen des IWF (1,7 Mrd EUR), der Weltbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sowie mehreren europäischen Staaten beträgt die mittelfristige Zahlungsbilanzhilfe an Lettland insgesamt rund 7,5 Mrd EUR.
26. Jän. 2009	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission fasst zur Stärkung der EU-Finanzmarktaufsicht eine Reihe von Beschlüssen, die die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden verbessern, für größere Konvergenz der Aufsichtspraktiken zwischen den Mitgliedstaaten sorgen und die Stabilität des Finanzsystems erhöhen sollen. In diesen Beschlüssen wird für die drei Aufsichtsausschüsse für den Wertpapier-, den Banken- bzw. den Versicherungssektor ein klarerer Handlungsrahmen abgesteckt und ein wirksameres Beschlussverfahren festgelegt.
25. Feb. 2009	Europäische Kommission	Die De Larosière-Gruppe legt Empfehlungen für eine grenzüberschreitende Finanzmarktaufsicht in der EU vor. Unter anderem wird vorgeschlagen, das Finanzstabilitätsforum (FSF) zu beauftragen, die internationalen Finanzregelungen in enger Abstimmung mit dem IWF anzugleichen. Die Gruppe befürwortet weiters die baldige Einrichtung globaler Kollegien der Aufsichtsbehörden.
1. März 2009	Europäischer Rat	Die EU-Staats- und Regierungschefs verständigen sich auf drei Aktionsschwerpunkte zur Krisenbewältigung: Vertrauen bilden und die Finanzmarktstabilität fördern, die Realwirtschaft wieder auf den richtigen Weg bringen und auf globaler Ebene, vor allem im Rahmen der G-20, zusammenzuarbeiten. Der Europäische Rat begrüßt das von Weltbank, EBRD und Europäischer Investitionsbank (EIB) angenommene Hilfspaket für Banken in Osteuropa in Höhe von 24,5 Mrd EUR für 2009 und 2010.
10. März 2009	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat nimmt einen Beschluss zur Gewährung eines Darlehens an Rumänien in Höhe von 5 Mrd EUR an. Zusammen mit den Finanzhilfen des IWF (13 Mrd EUR), der Weltbank, der EBRD sowie anderen Staaten beträgt die mittelfristige Zahlungsbilanzhilfe insgesamt 18 Mrd EUR.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
19./20. März 2009	Europäischer Rat	Der Europäische Rat zeigt sich zuversichtlich, dass die EU die Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden kann. Bei der Überprüfung des Konjunkturprogramms betont er, dass konzertiertes Vorgehen und Koordinierung wesentliche Elemente der Strategie Europas für den Aufschwung sind. Durch gemeinsames Handeln kann die EU ihren Finanzsektor auf eine solide Basis stellen, die Kreditversorgung der Realwirtschaft wieder in Gang bringen und ihre Bürgerinnen und Bürger vor den schlimmsten Auswirkungen der Krise schützen.
5. Mai 2009	ECOFIN/ Eurogruppe	Die EU-Zahlungsbilanzunterstützung für nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörende EU-Mitgliedstaaten wird auf 50 Mrd EUR erhöht.
27. Mai 2009	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission legt eine Mitteilung zur europäischen Finanzmarktaufsicht vor. Sie schlägt darin eine Reihe ehrgeiziger Reformen der derzeitigen Struktur der Finanzaufsichtsausschüsse vor, die auf Empfehlungen der De Larosière-Gruppe beruhen.
9. Juni 2009	ECOFIN	Der ECOFIN-Rat billigt Schlussfolgerungen zur Reform des europäischen Aufsichtsrahmens für Finanzdienstleistungen. Dazu gehören die Schaffung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB), der die Stabilität des Finanzsystems als Ganzes bewertet und eines Europäischen Finanzaufsichtssystems (European System of Financial Supervisors – ESFS), das aus drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden für den Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor besteht, die mit den nationalen Aufsichtsbehörden eng zusammenarbeiten.
18./19. Juni 2009	Europäischer Rat/ Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der EU billigen die Errichtung des ESRB und des ESFS, wie vom ECOFIN-Rat am 9. Juni 2009 vorgeschlagen.
3. Juli 2009	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Mitteilung über die Rolle von Derivaten in der Finanzkrise und über Möglichkeiten zur Verringerung der Risiken, die auf Derivatmärkten entstehen können.
13. Juli 2009	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission verabschiedet einen Vorschlag für eine weitere Änderung der Eigenkapitalrichtlinie von Banken. Die vorgeschlagenen Änderungen betreffen Kapitalanforderungen für das Handelsbuch, Wiederverbriefungen, die Offenlegung von Verbriefungsrisiken und die Vergütungspolitik. Der Rechtsrahmen soll in Bereichen gestärkt werden, die für die Krise ursächlich waren.
23. Sep. 2009	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission legt die gesetzlichen Grundlagen zur Schaffung einer neuen europäischen Aufsichtsstruktur – ESRB und ESFS – vor.
20. Okt. 2009	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat erzielt weitgehendes Einvernehmen über die Gesetzesvorschläge zur Einsetzung des ESRB.
29./30. Okt. 2009	Europäischer Rat	Der Europäische Rat verständigt sich darauf, dass eine koordinierte Ausstiegsstrategie für die breit angelegten Konjunkturmaßnahmen ausgearbeitet wird, sobald sich der Aufschwung endgültig eingestellt hat.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
9./10. Nov. 2009	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat nimmt die Solvabilität II-Richtlinie an, mit der neue Solvabilitätsregeln für Versicherungsunternehmen eingeführt werden. Die EU-Finanzminister stimmen einer allgemeinen Ausrichtung zu strengeren Eigenkapitalanforderungen für Banken und einer strengeren Vergütungspolitik im Bankensektor zu. Der ECOFIN-Rat nimmt ferner Schlussfolgerungen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen an und präzisiert Grundsätze zur Rückführung der Konjunkturstimulierungsmaßnahmen.
17. Nov. 2009	Europäische Kommission, Rat, Europäisches Parlament	Die Verordnung über Ratingagenturen im Hinblick auf Integrität, Qualität und Transparenz wird erlassen. Damit sind von Ratingagenturen hohe Standards zu erfüllen, die laufend von den Regulierungsbehörden überwacht werden.
18./19. Jän. 2010	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat nimmt Schlussfolgerungen zum öffentlichen Defizit und Schuldenstand in Griechenland auf Grundlage eines Eurostat-Berichts an. Er fordert die Europäische Kommission auf, Maßnahmen vorzuschlagen, durch die die Situation in Griechenland wieder mit den EU-Anforderungen in Einklang gebracht werden kann.
11. Feb. 2010	Europäischer Rat/ Euro-Gipfel	Die Länder des Euro-Währungsgebiets werden im Bedarfsfall entschlossen und koordiniert handeln, um die Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu wahren. Die griechische Regierung wird aufgefordert das Stabilitätsprogramm für 2010 konsequent und entschlossen umzusetzen.
16. Feb. 2010	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat fordert Griechenland auf, sein übermäßiges Defizit bis 2012 zurückzuführen. Für 2010 (2009: Defizit 12% des BIP) wurde eine Reduktion des Defizits um mindestens 4% des BIP gefordert. Zur Überwachung dieses Prozesses soll Griechenland vierteljährliche Berichte vorlegen.
25./26. März 2010	Europäischer Rat/ Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen, dass alle Länder des Euro-Währungsgebiets eine solide nationale Politik im Einklang mit den vereinbarten Regeln verfolgen und sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität des Euro bewusst sind. Sie unterstützen in vollem Umfang die Anstrengungen der griechischen Regierung und begrüßen die am 3. März 2010 angekündigten zusätzlichen Maßnahmen zur Sicherung der Haushaltsziele für 2010. Das Euro-Währungsgebiet ist bereit, Griechenland im Rahmen eines Anpassungsprogramms mit koordinierten bilateralen Darlehen gemeinsam mit dem IWF zu unterstützen. Der Europäische Rat ersucht den Präsidenten des Europäischen Rates, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine Task Force einzusetzen, die dem Europäischen Rat Maßnahmen unterbreiten soll, um das Ziel eines verbesserten Krisenbewältigungsrahmens und mehr Haushaltsdisziplin zu erreichen („Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung“).
11. April 2010	Eurogruppe	Griechenland wird von den Ländern des Euro-Währungsgebiets bilaterale Darlehen in Höhe von bis zu 80 Mrd EUR erhalten. Jede Auszahlung ist vom Euro-Währungsgebiet einstimmig zu beschließen und muss dabei an strenge wirtschaftliche Bedingungen geknüpft und auf eine Beurteilung durch die Europäische Kommission und die EZB gestützt sein. Die Beteiligung der Länder des Euro-Währungsgebiets erfolgt auf Basis des EZB-Kapitalschlüssels.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
8. Mai 2010	Europäischer Rat/Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets beschließen ein dreijähriges Stabilisierungspaket für Griechenland von insgesamt 110 Mrd EUR (80 Mrd EUR bilaterale Kredite von den Ländern des Euro-Währungsgebiets, 30 Mrd EUR vom IWF). Als Antwort auf die Krise einigen sich die Staats- und Regierungschefs auf eine schnelle Konsolidierung und Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, eine uneingeschränkte, strikte Umsetzung des SWP, die Errichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung und Finanzmarktregulierung.
9./10. Mai 2010	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat nimmt eine Verordnung zur Einführung eines Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) mit einem Finanzmittelvolumen von 60 Mrd EUR an. Darüber hinaus beschließen die Minister des Euro-Währungsgebiets, eine Zweckgesellschaft (Europäische Finanzstabilitätsfazilität – EFSF) zu errichten, für die die teilnehmenden Mitgliedstaaten anteilig nach dem EZB-Kapitalschlüssel bis zu einem Volumen von 440 Mrd EUR bürgen und die nach drei Jahren aufgelöst wird. Die Möglichkeit einer Bankenabgabe oder einer globalen Finanztransaktionssteuer wird in Erwägung gezogen. Die Pläne für eine Konsolidierung der Haushalte und Strukturreformen sollen beschleunigt werden und die Konsolidierungsmaßnahmen Spaniens und Portugals werden begrüßt.
17./18. Mai 2010	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat einigt sich auf einen Richtlinienentwurf über alternative Investmentfonds (wie Hedgefonds oder Fonds für privates Beteiligungskapital) und nimmt Schlussfolgerungen zur Beendigung staatlicher Garantiemechanismen für Banken an.
21. Mai 2010	Task Force Wirtschafts- politische Steuerung	Erstes Treffen der „Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung“, die aus Vertretern aller Mitgliedstaaten und der EZB besteht. Der Auftrag zielt auf eine größere Budgetdisziplin durch Stärkung des SWP, die Schaffung eines Krisenbewältigungsrahmens und verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung in der EU ab.
23. Juli 2010	Committee of European Banking Supervisors (CEBS)	Der Ausschuss der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) führt im Auftrag des ECOFIN-Rates in Zusammenarbeit mit der EZB und der Europäischen Kommission sowie den nationalen Bankenaufsichtsbehörden einen ersten EU-Banken-Stresstest durch.
7. Sep. 2010	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat billigt Änderungen der praktischen Regelungen zur Umsetzung des SWP, damit ab 2011 ein Europäisches Semester eingeführt werden kann. Diese verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitik beginnt mit einem Sechs-Monats-Zyklus jeweils im Jänner.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
29. Sep. 2010	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission veröffentlicht sechs Gesetzesvorschläge („Six-pack“), die auf eine umfassende Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU und im Euro-Währungsgebiet abzielen. Angestrebt wird nicht nur eine breitere und verbesserte Überwachung der Haushaltspolitik, sondern auch der allgemeinen Wirtschafts- und Strukturreformpolitik, womit den Schwächen der derzeitigen Rechtsvorschriften Rechnung getragen werden soll. Für Mitgliedstaaten, die Vorgaben nicht einhalten, sind neue Durchsetzungsmechanismen vorgesehen.
21. Okt. 2010	Europäischer Rat	Dem Europäischen Rat wird der Endbericht der „Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung“ vorgelegt. Durch die Umsetzung der Maßnahmen wird es möglich sein, die Finanzdisziplin zu stärken, die Überwachung der Wirtschaftspolitik auszuweiten, die Koordination zu vertiefen und einen soliden Rahmen für das Krisenmanagement zu schaffen.
28./29. Okt. 2010	Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets befürworten den Endbericht der „Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung“. Weiters verständigen sie sich auf die Errichtung eines permanenten Krisenmechanismus und beauftragen die Europäische Kommission in diesem Zusammenhang Beratungen mit dem ECOFIN-Rat aufzunehmen.
24. Nov. 2010	Europäische Kommission, Rat, Europäisches Parlament	Im Bereich der Finanzdienstleistungen werden Gesetze verabschiedet, die eine effiziente Durchführung des europäischen Systems für die Finanzaufsicht gewährleisten.
27./28. Nov. 2010	ECOFIN/ Eurogruppe	Die EU und der IWF werden Irland finanzielle Hilfe im Umfang von rund 85 Mrd EUR über 36 Monate gewähren (EFSM: 22,5 Mrd EUR; EFSF inklusive bilateraler Darlehen vom Vereinigten Königreich, Schweden und Dänemark: 22,5 Mrd EUR; IWF: 22,5 Mrd EUR; irisches Pensionssystem: 17,5 Mrd EUR). Der ECOFIN-Rat billigt die Grundzüge eines künftigen permanenten ESM. Der ESM wird finanzielle Hilfe an Länder des Euro-Währungsgebiets in Schwierigkeiten gewähren und eine Beteiligung privater Gläubiger ermöglichen. Dieser Mechanismus wird die EFSF und den EFSM ablösen und Mitte 2013 in Kraft treten.
16. Dez. 2010	European Systemic Risk Board (ESRB)	Das ESRB nimmt seine Arbeit in Frankfurt auf, Vorsitzender ist der EZB-Präsident, Vizevorsitzender der Gouverneur der Bank of England. Das ESRB ist ein unabhängiges Organ der EU, das für die makroprudenzielle Aufsicht der EU zuständig ist. Als Frühwarnsystem soll er rechtzeitig systemische Krisen erkennen.
16./17. Dez. 2010	Europäischer Rat/Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der EU bewilligen die Schaffung des ESM.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
1. Jänner 2011	European Supervisory Authority (ESA)	Die europäischen Aufsichtsbehörden European Banking Authority (EBA) in London, European Securities and Markets Authority (ESMA) in Frankfurt und European Insurance and Occupational Pension Authority (EIOPA) in Paris nehmen ihre Arbeit als European Supervisory Authority (ESA) auf.
17./18. Jänner 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat gibt den Auftakt zum Europäischen Semester 2011. Er prüft den Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission und zieht Schlussfolgerungen aus der Bewertung der Entwürfe der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten.
3./4. Feb. 2011	Europäischer Rat/Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets bekräftigen ihre Strategie, die Finanzstabilität zu wahren und das Euro-Währungsgebiet zu stärken, einschließlich der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung, den Stresstests für Banken und der Reform des Finanzsektors. Der ECOFIN-Rat wird beauftragt bis Ende März eine allgemeine Ausrichtung zu den Gesetzgebungsvorschlägen der Europäischen Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung festzulegen und dabei für die uneingeschränkte Umsetzung der Empfehlungen der „Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung“ zu sorgen. Die Vorlage des Pakts für Wettbewerbsfähigkeit, später Euro-Plus-Pakt, durch Deutschland und Frankreich stößt auf Kritik aufgrund des bilateralen Vorgehens der beiden Mitgliedstaaten.
11. März 2011	Euro-Gipfel	Die Mitglieder des Euro-Gipfels billigen den Euro-Plus-Pakt, mit dem eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz festgelegt wird. Der Euro-Plus-Pakt ergänzt das Europäische Semester, den ESM sowie die im Rahmen des „Sixpack“ vereinbarte Verschärfung des SWP. Am Euro-Plus-Pakt nehmen die 17 Länder des Euro-Währungsgebiets sowie Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien teil.
14./15. März 2011	ECOFIN	Der ECOFIN-Rat erzielt Einigung über das „Sixpack“ zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU.
24./25. März 2011	Europäischer Rat	Die Staats- und Regierungschefs der EU verabschieden ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Krisenbewältigung: <ol style="list-style-type: none"> 1. Das laufende Europäische Semester 2011 wird positiv beurteilt. Alle Mitgliedstaaten werden die Fiskalkonsolidierung und Strukturreformen anhand konkreter Maßnahmen, die im Vorfeld vorgelegt werden, umsetzen. 2. Einigung über das „Sixpack“. 3. Bestätigung des Euro-Plus-Pakts. 4. Betonung der Wichtigkeit bei den geplanten Banken-Stresstests, die vergleichenden Analysen in enger Zusammenarbeit mit den einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden, dem ESRB, der Europäischen Kommission und der EZB durchzuführen. 5. Die Möglichkeit einer globalen Finanztransaktionssteuer soll weiter untersucht werden. 6. Änderung des Vertrags von Lissabon in Bezug auf die Schaffung des ESM.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
16./17. Mai 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	<p>Der ECOFIN-Rat nimmt einen Beschluss über einen finanziellen Beistand für Portugal an. Die Finanzhilfe beläuft sich auf insgesamt 78 Mrd EUR (EFSM: 26 Mrd EUR, EFSF: 26 Mrd EUR, IWF: 26 Mrd EUR). Dieser Hilfsmaßnahme liegt ein Drei-Jahres-Programm zugrunde, in dem vereinbart wird, bis zum Jahr 2013 das gesamtstaatliche Defizit auf unter 3% des BIP zu senken.</p> <p>Der ECOFIN-Rat einigt sich über den Entwurf einer Verordnung zu Leerverkäufen und Credit Default Swaps, mit der Transparenzanforderungen eingeführt und die Befugnisse von Aufsichtsbehörden harmonisiert werden sollen, z. B. das Verbot von Leerverkäufen.</p> <p>Der ECOFIN-Rat billigt Leitlinien für „Backstop“-Maßnahmen, mit denen Finanzinstitute, die sich im EU-weiten Stresstest als gefährdet erweisen, unterstützt werden sollen.</p>
7. Juni 2011	Europäische Kommission	Die Europäische Kommission nimmt ein Paket mit 27 Empfehlungen an die Mitgliedstaaten an, in denen es um Wirtschaftspolitik und Pläne zur Haushaltskonsolidierung geht. Mit der Annahme dieser Empfehlungen kann der Europäische Rat auf seiner Tagung im Juni das erste Europäische Semester der wirtschaftspolitischen Koordinierung abschließen. Die Mitgliedstaaten sind anschließend aufgefordert, die länderspezifischen Empfehlungen in ihre nationale politische Willensbildung und in ihre Haushaltspläne für 2011/12 einfließen zu lassen.
19./20. Juni 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	Die EU-Finanzminister nehmen die Empfehlungen zu den 27 nationalen Reformprogrammen und zur Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten an und schließen damit das Europäische Semester 2011 ab.
24. Juni 2011	Europäischer Rat/ Euro-Gipfel	Der Europäische Rat erklärt sich grundsätzlich bereit, die nächste Tranche zur Finanzierung Griechenlands im Juli 2011 auszuzahlen und ein neues, zweites Rettungspaket, finanziert aus öffentlichen und privaten Quellen, aufzulegen.
11. Juli 2011	Eurogruppe	Die Finanzminister der Eurogruppe erörtern die Parameter für ein weiteres mehrjähriges Anpassungsprogramm für Griechenland. Die Finanzminister unterzeichnen den ESM-Vertrag. Nach dem Ratifikationsprozess soll der ESM im Juli 2013 voll operativ sein.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
21. Juli 2011	Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets bekräftigen erneut ihr Bekenntnis zum Euro und ihre Entschlossenheit, alles Notwendige zu tun, um die Finanzstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet und in dessen Mitgliedstaaten sicherzustellen. Sie sind sich einig, ein weiteres Programm für Griechenland gemeinsam mit dem IWF und durch freiwilligen Beitrag des Privatsektors zu unterstützen. Das zweite Rettungspaket wird etwa 109 Mrd EUR betragen. Mit diesem Programm sollen, insbesondere über niedrigere Zinssätze und längere Laufzeiten, die Schuldentragfähigkeit und das Refinanzierungsprofil Griechenlands entscheidend verbessert werden. Die Mitglieder des Euro-Gipfels rufen den IWF auf, weiterhin zur Finanzierung des neuen Programms beizutragen. Für die nächste Auszahlung wird die EFSF als Finanzierungsinstrument verwendet. Das allgemeine Konzept für die Beteiligung des Privatsektors im Euro-Währungsgebiet für Griechenland stellt eine außergewöhnliche und einmalige Lösung dar. Irland und Portugal werden die gleichen Konditionen bezüglich Zinssätze und Laufzeit der EFSF erhalten.
16. Aug. 2011	Deutsch-französischer Gipfel	In einem gemeinsamen Brief an EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy fordern Deutschland und Frankreich eine engere Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets als Grundvoraussetzung für weitere Stabilisierungsmaßnahmen auf EU-Ebene sowie eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse. Weiters schlagen die beiden Regierungschefs die Gründung eines EU-Wirtschaftsrates vor. Dieser soll zweimal jährlich unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rates tagen. Beide Länder sprechen sich gegen die Einführung von Eurobonds aus.
3./4. Okt. 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	Die Finanzminister einigen sich auf den Entwurf einer Verordnung, die auf die Verbesserung der Transparenz und die Minderung des Risikos auf dem Markt für außerbörslich gehandelte (OTC-)Derivate abzielt.
26. Okt. 2011	Europäischer Rat/ Euro-Gipfel	Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen ein umfassendes Paket von Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Bewältigung der gegenwärtigen Spannungen auf den Finanzmärkten: <ol style="list-style-type: none"> 1. Ein neues mehrjähriges Programm für Griechenland von EU und IWF, aus dem bis zu 100 Mrd EUR bereitgestellt werden können. Zusätzlich werden die Mechanismen für die Überwachung und Durchführung verstärkt. 2. Eine „Hebelung“ der Finanzmittel der EFSF auf bis zu 1.000 Mrd EUR. Durch Risikoversicherungen und einer Kombination von privaten und öffentlichen Finanzinstituten und Anlegern über Zweckgesellschaften sollen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Das Garantievolumen durch die Mitgliedstaaten wird nicht erhöht. 3. Anhebung der Eigenkapitalposition von Banken auf 9% Kernkapital bis Ende Juni 2012. Die jeweilige Bankenaufsicht muss sicherstellen, dass die Rekapitalisierungspläne der Banken nicht zu einer übermäßigen Verringerung des Fremdkapitalanteils führen. 4. Gewährleistung der Haushaltsdisziplin und Beschleunigung von Struktur reformen für Wachstum und Beschäftigung. 5. Erhebliche Verstärkung der wirtschafts- und steuerpolitischen Koordination und Überwachung. 6. Zehn Maßnahmen zur Verbesserung der Governance im Euro-Währungsgebiet.

Datum	Institution, Gremium	Inhalt
7./8. Nov. 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	Die Finanzminister nehmen das „Sixpack“ an, darunter Schlussfolgerungen zur Gestaltung des Scoreboard ökonomischer Indikatoren, das im Rahmen der neuen Maßnahmen zur Erkennung makroökonomischer Ungleichgewichte eingesetzt werden soll. Der ECOFIN-Rat nimmt Erläuterungen der Europäischen Kommission zu einem Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU zur Kenntnis.
15. Nov. 2011	Europäische Kommission	Die jüngsten Entwicklungen der Euro-Schuldenkrise haben gezeigt, dass der geltende Regulierungsrahmen für nationale Budgetpolitiken nicht ausreicht. Die Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission umfassen die Überwachung und Bewertung der Budgetentwürfe von Ländern des Euro-Währungsgebiets und die budgetäre Aufsicht über jene Länder, deren finanzielle Stabilität bedroht ist.
30. Nov. 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	Der ECOFIN-Rat beginnt mit der Umsetzung des Europäischen Semesters 2012. Er prüft den Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission und zieht Schlussfolgerungen aus der Bewertung der Entwürfe der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten.
9. Dez. 2011	Europäischer Rat	26 EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs) einigen sich, mittels eines zwischenstaatlichen Vertrags, eine fiskalpolitische Stabilitätsunion zu errichten. Diese stellt einen ersten Schritt zur Vertiefung des wirtschaftlichen Pols der WWU dar und stärkt im Wesentlichen die Überwachung der nationalen Haushaltsdisziplin und die Koordinierung der Budgetpolitiken. So soll das jährliche strukturelle Defizit der nationalen Haushalte nicht mehr als 0,5 % des jeweiligen nominellen BIP betragen. Diese Regel ist als nationale „Schuldenbremse“ im Verfassungsrang zu verankern, inklusive eines automatischen Korrekturmechanismus, wenn das Ziel verfehlt wird. Der Europäische Gerichtshof wird die Umsetzung prüfen.
19. Dez. 2011	ECOFIN/ Eurogruppe	Die Finanzminister der Länder des Euro-Währungsgebiets stellen 150 Mrd EUR in Form bilateraler Darlehen zur Erhöhung der Finanzkraft des IWF zur Verfügung. Auch die Tschechische Republik, Dänemark, Polen und Schweden wollen sich an der Aufstockung beteiligen.